

Below, Fritz

Article — Digitized Version

Die regionale Wirtschaftsgliederung Westdeutschlands und ihre Rückwirkung auf die Bevölkerungsverteilung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Below, Fritz (1951) : Die regionale Wirtschaftsgliederung Westdeutschlands und ihre Rückwirkung auf die Bevölkerungsverteilung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 1, pp. 34-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131242>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die regionale Wirtschaftsgliederung Westdeutschlands und ihre Rückwirkung auf die Bevölkerungsverteilung

Dr. Fritz Below, Wiesbaden

Die Untersuchung der für eine regionale Bewertung zugrundeliegenden Tatbestände im westdeutschen Raum muß sich wegen des statistischen Materials und seiner gebietlichen Aufgliederung im wesentlichen auf die politischen Gebilde, d. h. auf die Bundesländer, stützen. So wertvoll eine Berücksichtigung von „Wirtschaftsprovinzen“ (im Sinne von Scheu¹⁾) auch sein könnte, so darf doch nicht übersehen werden, daß unter dem Gesichtspunkt einer teilweise nach dem Zusammenbruch erfolgten willkürlichen politischen Einteilung (Länder innerhalb der Besatzungszonen) und einer noch nicht abgeschlossenen Entwicklung (Südweststaat, Mittelrheingebiet), das Material für eine derartige Betrachtung nicht ausreicht. Die Erkennung von Wirtschafts- und Sozialräumen stützt sich nun einmal auf die Ergebnisse und Erhebungen in politischen Gebilden; die „Ausfaserungen der Erscheinungen“ (nach G. von Mayr) an den inneren und äußeren Randgebieten können dabei jedoch so stark sein, daß das Gesamtbild getrübt wird. Der Aufbau von „Wirtschaftsprovinzen“ als vorgestellte Gebilde — „Etappen auf dem Wege der rationellen Dezentralisation“ (nach Scheu) — wird daher nicht aus dem übergeordneten Material erfolgen, sondern muß zum großen Teil aus der Regionalanalyse synthetisch herauswachsen. Hierzu bedarf es aber noch vieler Sonderuntersuchungen.

DIE MENSCHLICHEN GRUNDLAGEN

Das hier zur Verfügung stehende Material stützt sich zum Teil noch auf die Volkszählung 1946 — ist also etwas überaltert — und zum anderen Teil auf Fortschreibungen, Schätzungen usw., so daß gewisse Beschränkungen im Erkenntniswert vorhanden sind. Die künftig zu erwartenden Ergebnisse der großen Zählungen vom 13. September 1950 werden sicherlich einen bedeutenden Beitrag für eine neue Bewertung liefern. Bis sie vorliegen, dürfte aber noch einige Zeit vergehen.

Verglichen mit der Vorkriegszeit ist die Bevölkerungsmasse innerhalb der einzelnen Länder ganz unterschiedlich gewachsen; d. h. unter dem Gesichtspunkt menschlicher im Arbeitsprozeß verwendbarer Kapazität und in Berücksichtigung der regionalen Wirtschaftsgrundlagen stellen sich die Verhältnisse recht verschieden dar.

Die Bevölkerungszunahme, die im wesentlichen durch Zuwanderungen beeinflusst wurde, ist allgemein willkürlich erfolgt. Die politischen Verhältnisse des Jahres 1946 — Zeitpunkt der großen Flüchtlingsströme — haben verhindert, daß sogleich ein übergeordneter

Ausgleich erfolgen konnte oder daß die Zuwanderer unter Berücksichtigung der regionalen Wirtschaftsverhältnisse verteilt wurden. Die damals eingetretene

Bevölkerungswachstum bis 1950

Länder	Wohnbevölk. ¹⁾		Personen je qkm	
	1946	1950	1946	1950
	1939 = 100			
Schleswig-Holstein	162	163	164	165
Niedersachsen	137	150	132	144
Bayern	124	130	124	130
Hessen	114	124	188	204
Bundesgebiet	111	121	178	194
Württemberg-Baden	111	121	238	247
Württemberg-Hohenzollern	103	115	106	119
Nordrhein-Westfalen	98	110	344	387
Baden	96	109	119	134
Rheinland-Pfalz	93	101	138	151
Bremen	86	101	1200	1407
Hamburg	82	94	1880	2149

¹⁾ Ergebnisse der Volkszählungen — 1950 vorläufige Zahlen.

²⁾ einschl. Kreis Lindau.

(Quelle: Statistisches Bundesamt).

Unordnung ist heute nur unter Schwierigkeiten zu beseitigen; sie wird aber im Rahmen einer übergeordneten Planung reguliert werden müssen, wenn nicht innerhalb des Gesamtgebietes soziale Krisenbezirke sich als fester Bestandteil bilden sollen. Teillösungen in Form von Umsiedlungen, wie sie z. B. das Jahr 1950 gebracht hat, konnten in vielen Fällen nicht befriedigen, weil häufig weder das abgebende noch das aufnehmende Gebiet infolge einer vorwiegend bürokratischen Betrachtungsweise bedacht hatte, daß die menschliche Substanz auch unter ökonomischen Gesichtspunkten keine Ware darstellt, die einfach über die Landesgrenzen „verhandelt“ werden kann.

Innerhalb der einzelnen Länder sind die Schwierigkeiten einer Regionalordnung etwa die gleichen gewesen wie im Gesamtbild. Im Anfang stand als Hauptgesichtspunkt die Unterbringung der Neubürger im Vordergrund; die Verteilung war im wesentlichen vom Wohnraum abhängig, der auf dem „flachen Lande“ größere Reserven aufwies als in den zerstörten Städten. Es kann heute noch in überschlägiger Schätzung angenommen werden, daß $\frac{8}{10}$ aller Flüchtlinge in Gemeinden unter 30 000 Einwohnern leben. Die Folgen dieser Verteilung für die betroffenen Bezirke sind einmal größere Anfälligkeit gegenüber Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Beschäftigung in berufs-fremder Tätigkeit usw., zum anderen übermäßig weite Anmarschwege zu den Arbeitsplätzen. Menschliche Arbeitssubstanz wird in nicht vertretbarer Weise verschwendet.

Die Frage der Möglichkeit eines überbezirklichen Ausgleichs und einer künftigen Neuordnung des wirtschaftlichen Gefüges im Sinne einer standortbetonten Umgestaltung (mit ihren vielseitigen Folgerungen wie

¹⁾ E. Scheu: Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke, Berlin 1928.

Wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung 1946 und 1939

Länder	Von 100 der Bevölkerung entfallen auf									
	Gewerbliche Tätigkeit allgemein ¹⁾		darunter				Land- und Forstwirtschaft		Öffentliche und private Dienste ²⁾	
			Industrie und Handwerk		Handel und Verkehr					
	1946	1939	1946	1939	1946	1939	1946	1939	1946	1939
Hamburg	60	70	33	36	27	34	2	2	16	12
Bremen	56	71	33	41	23	30	8	8	18	11
Nordrhein-Westfalen	56	68	42	52	14	16	9	9	9	8
Württemberg-Baden	49	59	37	44	12	15	21	19	11	10
Bundesrepublik	47	58	34	42	18	16	19	18	10	10
Hessen	46	58	33	41	13	17	19	18	12	10
Bayern	43	49	31	35	12	14	26	28	11	10
Niedersachsen	41	49	28	34	13	15	22	26	10	11
Württemberg-Hohenzollern	40	51	32	42	8	9	31	30	9	7
Baden	38	50	28	38	10	12	30	29	10	9
Schleswig-Holstein	37	48	25	32	12	16	17	21	11	16
Rheinland-Pfalz	30	52	21	38	9	14	20	26	6	9

¹⁾ Dazu rechnen Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr. ²⁾ Ohne häusliche Dienste.

(Quelle: 1946 Umrechnung nach den Ergebnissen der Statistischen Landesämter — 1939 Angaben aus dem „Statistischen Handbuch von Deutschland 1928—1944“).

Menschenverlagerung, Wohnungsbau, Verkehrsänderungen, Siedlungswesen, Landesplanung usw.) wird wesentlich von der vorhandenen wirtschaftlichen Gliederung im Bevölkerungsbild der einzelnen Gebiete beeinflusst. Die hierfür zugrunde liegenden Zahlen der Volkszählung von 1946 sind zeitgebunden; zum Termin der Erhebung (29. 10. 1946) war die gewerbliche Tätigkeit stark gehemmt, und viele Befragte, die an sich zu gewerblichen Gruppen gehörten, sind damals wegen einer zeitweise berufsfremden Beschäftigung in einer anderen Wirtschaftsabteilung erfaßt worden. Der Grundcharakter der jeweiligen wirtschaftlichen Bevölkerungsstruktur geht deshalb — solange nicht das Ergebnis von 1950 vorliegt — eher aus den Quoten der unmittelbaren Vorkriegszeit (1939) als aus denen des Jahres 1946 hervor.

Hinsichtlich des Anteils der gewerblichen Bevölkerung liegen hier über dem Durchschnitt Hamburg und Bremen (als „Stadtstaaten“ verständlich), Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden. Diese Länder sind also gleichsam Zentren gewerblicher Tätigkeit. Die natürliche Tendenz stark gewerblich durchsetzter Bezirke zur fortwirkenden Anziehung kann zunächst in einer oberflächlichen Übersicht als ein Hinweis unter anderen (eingehende Untersuchungen über Art und Betriebsformen der jeweiligen Gewerbetätigkeit müssen folgen) dafür angesehen werden, in welcher Richtung ein etwaiger Bevölkerungsausgleich zu erfolgen hat.

Einen weiteren Beitrag zur Erkennung der regionalen Verhältnisse liefern die Zahlen der Arbeitsamtsstatistiken, die die in abhängiger Arbeit Stehenden (Arbeiter, Angestellte und Beamte) umfassen und damit den tatsächlichen Umfang der Beschäftigung nach den einzelnen Bereichen ausweisen. Geht man von der allgemeinen Voraussetzung aus, daß unter den Erwerbspersonen (Beschäftigte und Arbeitslose) die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen einem zeitlichen Wechsel am wenigsten unterworfen

sind und daß allgemein dort, wo bereits hohe Werte der in abhängiger Arbeit Beschäftigten erreicht werden, bei günstiger konjunktureller und struktureller Entwicklung die günstigsten Ansatzpunkte für eine zusätzliche Bevölkerungsaufnahme gegeben sind, so zeigt sich im Bundesgebiet deutlich eine regionale Differenzierung an.

Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte auf 1000 der Bevölkerung Mitte 1950

Hamburg	365	Hessen	283
Bremen	337	Baden	281
Nordrhein-Westfalen	329	Bayern	262
Württemberg-Baden	317	Niedersachsen	259
Bundesrepublik	289	Rheinland-Pfalz	248
Württemberg-Hohenzollern	285	Schleswig-Holstein	235

(Quelle: „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 5/1950)

Die vorstehenden Ergebnisse werden ebenfalls von den jeweiligen wirtschaftlichen Zusammenhängen unterschiedlich beeinflusst (Umfang und Betriebsgrößenklassen auf dem gewerblichen und landwirtschaftlichen Sektor, Bedeutung von Handel und Verkehr usw.); erst eine weitergehende Aufgliederung der Tatbestände kann die Erkenntnisse vertiefen. Jedoch deutet sich in diesen Werten an, daß dort, wo die Bevölkerungsstruktur stärker gewerblich orientiert ist, auch die Anteile der in abhängiger Arbeit Stehenden allgemein höher sind.

DIE EINZELNEN BEREICHE

Die Gliederung der Bevölkerung nach Wirtschaftsabteilungen kann zu einer Klassifizierung der einzelnen Bundesgebiete herangezogen werden. Wir müssen uns jedoch darüber klar sein, daß hier nur Durchschnittsverhältnisse beschrieben werden, die sich auf den vielfachen Einzelercheinungen des jeweiligen Gebiets innerhalb teilweise willkürlich gezogener politischer Grenzen aufbauen. Echte Wirtschaftsräume treten uns nicht entgegen. Daß die Dinge nicht aus der Kenntnis weniger Zahlenrelationen geklärt werden können, ergibt sich aus vielen Einzelheiten. Charaktere-

ristisch für die regional unterschiedlichen wirtschaftlichen Grundlagen sind z. B. die Anteile der heimatvertriebenen Arbeitslosen an den Gesamtarbeitslosen. Zieht man den Zeitpunkt einer relativ günstigen Beschäftigungslage heran — Ende August 1950 kann als solcher angesehen werden —, so zeigt sich deutlich sowohl an den absoluten Zahlen als auch an dem Verhältnis von einheimischen zu heimatvertriebenen Arbeitslosen, wo Schwerpunkte sozialer Störungen entstehen können. In diesem Sinne gelten als besonders benachteiligt die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Die hohen Quoten arbeitsloser Vertriebenen bei an sich niedrigen Arbeitslosenzahlen in einigen süddeutschen Ländern (Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und Baden) sind nicht als Krisenzeichen aufzufassen; hier dürfte teilweise das Fehlen einer sozialen Anpassungsgesinnung zum Ausdruck kommen, durch die der Flüchtling dem Einheimischen gegenüber benachteiligt wird.

**Anteil der heimatvertriebenen Arbeitslosen
an der Gesamtzahl der Arbeitslosen**
(Stand 31. August 1950)

Länder	Arbeitslose in 1000	Anteil der Vertriebenen in %
Schleswig-Holstein	180,8	57
Niedersachsen	315,9	42
Bayern	317,4	41
Württemberg-Hohenzollern	8,4	41
Württemberg-Baden	52,5	36
Bundesrepublik	1341,2	36
Baden	9,6	31
Hessen	104,5	29
Rheinland-Pfalz	54,1	18
Nordrhein-Westfalen	190,5	12
Bremen	21,4	8
Hamburg	86,2	3

(Quelle: Bundesministerium für Arbeit).

Die Frage einer möglichen Ordnung der Verhältnisse im Gebiet der Bundesrepublik kann von verschiedenen Ausgangspunkten aufgegriffen werden. Einmal bietet sich die Überlegung an, ob es nicht sinnvoll wäre, ohne große Änderung der jeweiligen wirtschaftlichen Struktur den Versuch der Eingliederung der „zusätzlichen“ Bevölkerung innerhalb der derzeitigen Wohngebiete vorzunehmen (Ausgleich in den Ländern selbst). Die Radikallösung zielt auf Abwanderung in Gebiete, wo infolge einer starken gewerblichen (industriellen) Tätigkeit noch zusätzlich Arbeitsplätze geschaffen werden können (vor allem Ausweitung der arbeitsorientierten und konsumorientierten Gewerbe). Mit dieser Regelung wird gegenwärtig vielfach gedanklich experimentiert. Eine dritte Möglichkeit geht dahin, von einer Gesamtplanung aus die Arbeitsplatzkapazität der gewerblichen Wirtschaft dort auszubauen, wo durch die Umstände bedingte Menschenzusammenballungen vorhanden sind (sogenannte „Flüchtlingsgebiete“). Diese Überlegung ist an sich nicht neu; ihr hat der Nationalsozialismus (allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt der menschlichen Seite im Arbeitsprozeß) im Interesse der Dezentralisation der gewerblichen Wirtschaft zur Erreichung einer weniger

großen Empfindlichkeit im Kriegsfall schon Rechnung getragen. Die Beharrungskraft der „alten“ Standortgebiete hat jedoch bisher allen derartigen Versuchen entgegengewirkt; ein stabiles System (auch mit Rücksicht auf die Kostenseite) historisch gewordener Gegebenheiten läßt sich nicht von heute auf morgen umstoßen. Wir sind deshalb gezwungen, die Lösung nicht in einer Richtung allein, sondern in der sinnvollen Verbindung aller Möglichkeiten zu suchen (Umgliederung innerhalb der Länder, gewisse Kapazitätsausweitung kleinerer gewerblicher Bezirke von lokaler Bedeutung, Bevölkerungsausgleich).

Bei der Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsabteilungen unter dem Gesichtspunkt der Aufnahme zusätzlicher menschlicher Arbeitskraft kann vorwegnehmend ausgesagt werden, daß weder in der Land- und Forstwirtschaft, noch bei den öffentlichen und privaten Diensten, noch bei den häuslichen Diensten eine wirklich ins Gewicht fallende Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeit gegeben ist. Eine Vermehrung von Arbeitsplätzen kann eigentlich in unserer gegenwärtigen Lage nur auf dem gewerblichen Sektor erfolgen. Das bedeutete, daß die wirtschaftliche Gliederung der Bevölkerung sich anteilmäßig gegenüber den Relationen von 1939, 1946 und 1950 weiterhin in Richtung der Zugehörigkeit zum Gewerbe verschieben müßte. Dabei ist aber eine Beschäftigungszunahme in der Wirtschaftsabteilung Handel und Verkehr ebenfalls nur begrenzt möglich. Die Erwartungen in der Schaffung eines sinnvollen Ausgleichs von Mensch und Produktion liegen demnach für uns bei „Industrie und Handwerk“, eigentlich nur bei der Industrie im engeren Sinne.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft des Bundesgebiets ist allgemein durch das starke Überwiegen der bäuerlichen Betriebsgrößenklassen und Betriebsformen gekennzeichnet (rd. $\frac{2}{3}$ der Betriebe und mehr als $\frac{9}{10}$ der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfallen auf bäuerliche Wirtschaften); sie ist nach der Art der Wirtschaftsführung und Bedeutung jedoch innerhalb der einzelnen Länder recht verschieden²⁾. Bodengestaltung und Klimaverhältnisse beeinflussen naturgemäß ebenfalls das Bild stark.

Die bäuerliche Form der westdeutschen Landwirtschaft setzt einer Vergrößerung ihrer Beschäftigtenkapazität enge Grenzen. Als fester Bestand können die mit helfenden Familienangehörigen (ständig und nichtständig Beschäftigte) angesehen werden. Für die familienfremden Arbeitnehmer liegt eine obere Grenze fest; eine gewisse Abnahme ist hier stets zu erwarten, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten oder verminderte Rentabilitätsaussichten auftreten. (Juni 1948 wurden im Bundesgebiet 1 545 600 familienfremde Arbeitnehmer der Land- und Forstwirtschaft gezählt — Juni 1950 1 141 100.)

²⁾ s. dazu M. Rauterberg: Die landwirtschaftliche Betriebszählung vom 22. Mai 1945, Wirtschaft und Statistik 7/1949; und derselbe: Die Betriebsflächen, die landwirtschaftlich benutzten Flächen und Waldflächen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen, Wirtschaft und Statistik 12/1950.

Betrachtet man unter dem Gesichtspunkt der Aufteilung der Bodenfläche die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten, so zeigt sich deutlich der jeweilige Unterschied. Die Gliederung der Wirtschaftsfläche läßt eigentlich nur für Schleswig-Holstein einen erheblich über dem westdeutschen Durchschnitt liegenden Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der gesamten Wirtschaftsfläche erkennen, und für Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden („Waldländer“) ein Abweichen nach unten (die „Stadtstaaten“ Hamburg und Bremen sollen hier außer Betracht bleiben).

**Aufteilung der Wirtschaftsfläche
und der landwirtschaftlichen Nutzfläche**
(Durchschnitt 1947—1950)

Länder	von 100 ha Wirtschaftsfläche sind			von 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche sind		
	Landwirtschaftl. Nutzfläche	Wald und Holzungen	Sonstige ¹⁾	Ackerland	Wiesen und Weiden	Sonstige ²⁾
Schleswig-Holstein	75	8	17	57	39	4
Nordrhein-Westfalen	60	24	16	59	35	6
Niedersachsen	60	20	20	58	43	4
Württemberg-Baden	60	31	9	65	31	4
Bundesgebiet	57	28	15	56	40	4
Bayern	57	33	10	55	43	2
Württemberg-Hohenzollern	56	34	10	43	54	3
Hessen	50	40	10	64	32	4
Rheinland-Pfalz	49	37	14	63	28	9
Baden	48	42	10	40	55	5

¹⁾ Od- und Unland — unkultivierte Moorflächen — Gebäude, Wege, Gewässer, Parkanlagen, Sportplätze u. ä.

²⁾ Gartenland — Obstanlagen und Baumschulen — Rebland.
(Umgerechnet nach den Veröffentlichungen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes).

Die landwirtschaftliche Produktivität, d. h. das Verhältnis von Mensch zu Leistung ist ebenfalls recht verschieden. Im großen gesehen sind nur vier Länder vorhanden (Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein), in denen der jeweilige menschliche Anteil an der landwirtschaftlichen Bevölkerung im Bundesgebiet unter den Anteilen der wichtigsten Erzeugungsbereiche liegt (Brotgetreide—Viehwirtschaft). In den übrigen Gebieten ist der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung — am Gesamttraum gemessen — höher als die Erzeugungsanteile. Diese Feststellung beschreibt lediglich die Tatbestände, sagt jedoch nichts aus über die Erscheinungen, die hinter ihnen stehen (Betriebsformen, Kulturarten u. a.). Sie betont jedoch gewisse Charakteristika der Länder und schafft damit Kennziffern.

Aus der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949 ergibt sich, daß die Landwirtschaft in doppelter Hinsicht bei der Flüchtlingsfrage mitgewirkt hat, einmal indem sie Unterkunftsmöglichkeiten bereitstellte (rd. 35 % der Flüchtlinge im Gebiet der amerikanischen und englischen Zone leben in Räumlichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe), zum anderen indem sie — wenn auch in beschränktem Umfange — dieser Bevölkerungsgruppe Beschäftigungsmöglichkeiten bot.

Länderanteile in der Landwirtschaft
(in %)

Länder	Landwirtschaftl. Bevölkerung	Anbauflächen für Brotgetreide	Brotgetreide-ernte 1949	Rindviehbestand Mitte 1950	Milcherzeugung Mitte 1950
Bayern	28	30	81	80	19
Niedersachsen ¹⁾	18	20	20	20	26
Nordrhein-Westfalen	13	16	15	18	21
Rheinland-Pfalz	9	7	7	6	4
Hessen	9	9	9	7	6
Württemberg-Baden	9	6	6	6	4
Schleswig-Holstein	6	7	7	9	13
Baden	4	2	2	4	3
Wttbg.-Hohenzollern	4	3	3	5	4
Bundesrepublik	100	100	100	100	100

¹⁾ einschl. Hamburg und Bremen.

(Quelle: Umgerechnet nach Angaben in den Heften von „Wirtschaft und Statistik“)

Wie stark die Landwirtschaft belastet ist, ergibt sich aus den folgenden Zahlen²⁾:

Belegung (Unterbringung) je Betrieb mit Heimatvertriebenen und Zugewanderten im Landesdurchschnitt
(in Personen)

Schleswig-Holstein	7,0	Württemberg-Baden	3,5
Niedersachsen	5,6	Nordrhein-Westfalen	3,4
Bayern	4,6	Hessen	2,6

Entsprechend den begrenzten Möglichkeiten einer Beschäftigungsausweitung oder Neuaufnahme von Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft konnten auch nur 12 % der in landwirtschaftlichen Betrieben wohnenden Flüchtlinge als ständig Beschäftigte im gleichen Betrieb Arbeit finden (rd. 252 000). Trotzdem beschäftigt die Landwirtschaft bei ihren familienfremden Arbeitskräften mehr Flüchtlinge (rd. 33 %) als andere Wirtschaftsgruppen.

Wie bereits an anderer Stelle aufgeführt wurde⁴⁾, sind der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität bei uns Grenzen gesetzt. Man darf von der Landwirtschaft in der heute vorhandenen Gliederung (Besitzformen, Besitzverhältnisse, Aufteilung der Wirtschaftsfläche und des Ackerlandes, Viehbesatz usw.) für die nächste Zukunft keine großen Änderungen erwarten. Oder mit anderen Worten: die Landwirtschaft wird an der Lösung der Neuordnung von wirtschaftlichen und menschlichen Verhältnissen im Bundesgebiet relativ nur gering beteiligt sein.

Industrie

Die standortmäßige Verteilung der wichtigsten Industriegruppen gründet sich auf verschiedene natürliche und wirtschaftliche Gegebenheiten⁵⁾. Die Standorte einzelner Rohstoffverarbeitungen (Holz, Kalisalz, Erze, Steine und Erden, Milch u. a.) werden eindeutig durch die Vorkommen festgelegt. Das Vorhandensein gut verkokbarer Kohle in ausreichenden Mengen (Ruhrgebiet) bildet die Grundlage der Schwerindustrie

²⁾ entnommen aus: Heimatvertriebene und Zugewanderte in der Land- und Forstwirtschaft des Bundesgebietes, „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 6/1950.

⁴⁾ F. Below: Internationaler Vergleich des Leistungsstandes in der Landwirtschaft, Wirtschaftsdienst Nr. 8/1950.

⁵⁾ Eine ausführliche Behandlung der westdeutschen Verhältnisse bei G. H. Horn und K. H. Raabe: Die statistischen Grundlagen für eine industrielle Investitions- und Standortplanung in Westdeutschland, Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 9/1950.

(Eisen und Stahl, Schwerchemie u. a.), um die sich in einem mehr oder weniger großen Umkreis (Transportkosten und Transportwege) die verarbeitenden Industrien niedergelassen haben. Die menschlichen Großsiedlungen neigen zur Angliederung konsumorientierter Industrien und arbeitsintensiver Fertigungen. Die Verkehrslage ist eine andere standortbildende Kraft; Beispiele finden sich in den Industriezentren an den großen Binnenwasserstraßen, den Verkehrskreuzungen und den Meereshäfen.

Allgemein hebt sich bei der Standortbildung⁶⁾ die Erscheinung ab, daß durch die Bevölkerungszusammenballung eine fortwirkende Agglomeration entsteht, der erst durch entgegengesetzt wirkende Kräfte (u. a. durch die Frage der Unterbringung, der Verkehrsmöglichkeiten, der überhöhten Bodenpreise für Neugründungen gewerblicher Anlagen) Hemmungen entstehen. Die bereits erwähnte Verteilung der Zuwanderer nach teilweise außerökonomischen Gesichtspunkten, die Verzögerung im Wohnungsbau und die vielfachen Hemmungen in der Industriewirtschaft verhinderten bisher, daß der Vorgang der Agglomeration seinen höchstmöglichen Umfang erreichen konnte. Die großen Erschütterungen von Krieg und Nachkriegszeit haben im allgemeinen — wie Spezialuntersuchungen beweisen⁷⁾ — wenig an der historisch gewordenen Regionalstruktur der Standorte von Industrie und Gewerbe geändert. Die alten Industriestandorte behaupteten sich ohne Rücksicht auf den zeitweiligen Zerstörungsgrad. Die Entwicklung ist damit anders verlaufen, als man sie noch 1946/47 angesichts der Fülle von Problemen (Kriegsschäden, Demontagen, Bevölkerungszuwachs in industriearmen Bezirken usw.) erwartete. Nicht der industriearme und menschenreiche Raum gab die Grundlage für den Wiederaufbau, sondern die teilweise zerstörte Industrielandschaft hat sich auf ihrem alten Boden erneuert.

Die westdeutsche Industrie konnte bis Mitte 1950 ihren Beschäftigungsstand gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1949 um rd. 8 %, den Produktionsstand um über 20 % erhöhen. An diesem Aufschwung waren die einzelnen Gruppen ganz unterschiedlich beteiligt. Trotzdem ist weder — gemessen an der Bevölkerung — insgesamt noch in den meisten wichtigen Industriegruppen das Vorkriegsniveau der Produktion erreicht worden. Die hier bestehende Lücke weist auch eindeutig darauf hin, wo „überschüssige“ Menschenkraft vernünftig einzusetzen ist. Nach einer Untersuchung des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung⁸⁾ liegen die entsprechenden Werte für die Bundesrepublik vor.

Diese Gegenüberstellung zeigt deutlich, daß trotz eines durch die gestiegene Bevölkerung zwangsläufig

⁶⁾ S. dazu auch die klassische Darstellung der Standorttheorie in A. Weber: Über den Standort der Industrie, I. Teil, Tübingen 1909.

⁷⁾ S. auch: Die Bedeutung der hessischen Industriestandorte vor und nach dem Kriege, Hessischer Schnelldienst. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt III, Nr. 14/1950.

⁸⁾ B. Gleitze: Der Produktionsfaktor in Westdeutschland, Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, 3. Heft 1950.

Verhältnis von Bevölkerung, Beschäftigten und Produktion in der Bundesrepublik

Bundesgebiet (ohne Berlin)	Mai 1939	Oktober 1946	Juni 1950	Veränderung 1939/50
	in Millionen			in %
Zu versorgende Bevölkerung	39,4	44,2	47,9	+ 21,5
Vorhandene Arbeitskräfte	20,2	18,4	20,1	- 0,5
Beschäftigte Arbeitnehmer ohne Soldaten u. Arbeitsdienst	13,1	11,9	13,8	+ 5,3
einschl. Soldaten u. Arbeitsd.	13,8	11,9	13,8	+ 0
Friedensproduktion (Index)	100	88	107	+ 7

vorhandenen höheren Bedarfs die Zahl der Arbeitskräfte (wobei der Vorkriegsanteil der Rüstungsproduktion durch den heutigen Wiederaufbaubedarf mehr als kompensiert wird) unter Einrechnung der damaligen Zahl an Arbeitsdienstangehörigen und Soldaten 1950 keineswegs höher war als 1939.

Im Zusammenhang mit der Bevölkerungsverteilung bedeutet eine Steigerung in der Industrieproduktion zunächst, daß Menschenkraft dort stärker eingesetzt werden muß, wo bereits eine Industriegrundlage vorhanden ist. Anhand der absoluten Zahlen und des Anteils der Industriebeschäftigten an der Bevölkerung bieten sich demnach bestimmte Gebiete nach dem heutigen Stand als künftige Zuwanderungsbezirke für die weitere Entwicklung an: Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden und in beschränktem Umfange auch Württemberg-Hohenzollern und Baden. Bei den drei letzten Ländern fordert die hohe Quote weiblicher Beschäftigter eine gesonderte Berücksichtigung der Frauenarbeit.

Beschäftigte in der Industrie¹⁾

(Stand Mai 1950)

Länder	Beschäftigte in 1000	Länder- anteil	Industrie- beschäftigte auf 1000 der Bevölkerung	Weiblicher Anteil bei den Industrie- beschäftigten
Nordrhein-Westfalen	1 968,2	42	150	19
Bayern	618,2	13	67	32
Württemberg-Baden	516,9	11	132	33
Niedersachsen	413,6	9	60	22
Hessen	367,5	8	84	24
Rheinland-Pfalz	211,2	5	72	22
Hamburg	189,7	3	88	31
Württemberg-Hohenz.	145,3	3	119	39
Baden	131,3	3	102	36
Schleswig-Holstein	106,0	2	39	27
Bremen	67,3	1	103	20
Bundesgebiet	4 678,2	100	110	25

¹⁾ In Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten (umgerechnet nach den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes).

Um zu einem eindeutigen Bild der regionalen Industrieverteilung nach Gruppen und deren jeweiligen lokalen Bedeutung zu kommen, müßten Wertbeträge (Umsatzwerte, Bruttoproduktionswerte, besser noch Nettoproduktionswerte) als Kennzeichen der örtlichen Gruppenschwerpunkte herangezogen werden. Da die Entwicklung der Wertbeträge gegenwärtig einem stärkeren Wechsel unterworfen ist und Nettoproduktionswerte nach dem Stande der Industrierichterstattung nur durch Schätzungen ermittelt werden können, bietet sich lediglich die Verwendung von Beschäftigtenzahlen an. Hierbei darf aber nicht vergessen werden,

daß bei derartigen Größen das Kapazitätsbild stärker als das nur andeutungsweise erkennbare Produktionsbild hervortritt. Bezieht man die Beschäftigten der verschiedenen Gruppenindustrien auf 100 Industriebeschäftigte, so hebt sich in der Gesamtschau die jeweilige Landesstruktur ab, die in ihrer Zusammensetzung sehr wohl — mit ausreichender Kenntnis der hinter den Zahlen stehenden Tatbestände — zu einem Vergleich mit anderen Gebieten wie auch mit dem Bundesdurchschnitt herangezogen werden kann. In der folgenden Tabelle sind die Beschäftigtenanteile für die wichtigsten Gruppen herausgestellt. Es umfassen:

- Gruppe I: Kohlenbergbau, Erzbergbau, Erdöl, Kohlenwertstoffe, Steine und Erden.
 Gruppe II: Hochöfen, Stahlwerke, Schmiedewerke, Metallhütten, Gießereien, Halbzeugwerke.
 Gruppe III: Stahlbau, Fahrzeugbau, Schiffbau, Maschinenbau.
 Gruppe IV: Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Eisen-Stahl-, Blech- u. Metallwaren, Musikinstrumente, Spielwaren u. a.
 Gruppe V: Chemie.
 Gruppe VI: Sägerei, Holzbearbeitung, Holzverarbeitung, Papierherzeugung, Verarbeitung und Druck Keramik und Glas, Gummi und Asbestverarbeitung, Kunststoffverarbeitung.
 Gruppe VII: Lederherzeugung, Lederverarbeitung einschl. Schuhe, Textilherstellung, Bekleidung, Wäschereien, Färbereien.
 Gruppe VIII: Lebensmittel, Zucker, Tabakverarbeitung, Brauerei und Mälzerei, Spiritus.

Die Tabelle beschreibt deutlich den Zusammenhang innerhalb der einzelnen Länder, soweit er sich durch Beschäftigtenzahlen ausdrücken läßt. Der Bundesdurchschnitt für Produktionsgüteranteile (Gruppe I, II, V) wird von Nordrhein-Westfalen (Grundstoffe und Metalle) und Rheinland-Pfalz (Chemie) übertroffen. Bei Investitionsgütern (Gruppe III und IV) liegen die Quoten von Bremen, Württemberg-Baden, Hessen, Hamburg, Württemberg-Hohenzollern, Bayern und Schleswig-Holstein darüber. Die Anteile der Verbrauchsgüterindustrien (Gruppe VI und VII) sind in Württemberg-Hohenzollern, Baden, Bayern, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Baden und Niedersachsen höher als im Bundesdurchschnitt; bei Nahrungs- und Genußmitteln weisen Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Baden und Niedersachsen höhere Werte auf. Diese strukturellen Kennziffern besagen jedoch nichts über den Produktionsumfang in den einzelnen Ländern.

Handel und Verkehr

Die regionale Bedeutung dieser Wirtschaftsabteilung wird durch verschiedene Umstände bestimmt. Einmal sind es die wirtschaftlichen Grundlagen, die den Umfang formen, dann aber auch die geographische Lage (Beispiel der Seehäfen und Hessens). Der Aufschwung, den die Industrie seit der Währungsreform genommen hat — berechnet auf die Beschäftigtenzahl —, ist vom Handel und Verkehr anteilmäßig nicht erreicht worden. Von Juni 1948 bis Juni 1950 stieg die Zahl der Industriebeschäftigten um über 20 %, die der Wirtschaftsabteilung „Handel und Verkehr“ jedoch nur um 7 %. Unter dem vorangestellten Gesichtspunkt der Rückwirkung wirtschaftlicher Entwicklungen auf die Bevölkerungsverteilung dürften weder in den Ländern noch im Gesamtgebiet von dieser gewerblichen Tätigkeit her die entsprechenden Möglichkeiten einer Ausweitung zu erwarten sein wie von der Industrie.

Beschäftigte Arbeitnehmer in Handel und Verkehr (Mitte 1950)

Länder	Anzahl in 1000	in %
Nordrhein-Westfalen	718,9	29
Bayern	419,5	17
Niedersachsen	327,3	13
Hessen	240,7	10
Württemberg-Baden	213,2	9
Hamburg	187,3	7
Rheinland-Pfalz	135,9	5
Schleswig-Holstein	124,0	5
Baden	58,1	2
Bremen	51,8	2
Württemberg-Hohenzollern	38,0	1
Bundesgebiet	2 517,7	100

(Quelle: „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 5/1950.)

FOLGERUNGEN

Die gedankliche Auswertung des vorstehend dargebotenen Materials zeigt allgemein, daß die Bevölkerung in allen westdeutschen Bundesländern im Vergleich zur derzeitigen Wirtschaftsleistung zu groß ist (struktureller Arbeitslosenbestand); d. h. die Länder sind als überbelastet anzusehen. Der Umfang dieser Überbelastung ist jedoch im einzelnen recht unterschiedlich. In einer groben Klassifizierung können

Gliederung der Beschäftigten nach Industriegruppen nach dem Stand von Mitte 1950

Von 100 Industriebeschäftigten entfallen auf:

Länder	I Grundstoffe	II Metalle und Halbzeug	III Stahl-, Fahrzeug-, Maschinen- bau	IV Verfeinerungs- industrien auf Metall- basis	V Chemie	VI Holz, Papier, Keramik, Gummi, Kunststoffe	VII Leder und Textilien	VIII Nahrungs- und Genußmittel
Nordrhein-Westfalen	27	14	12	12	5	9	16	5
Bayern	9	4	16	16	5	21	22	7
Württemberg-Baden	4	4	24	22	3	13	21	9
Niedersachsen	18	7	18	10	4	19	14	10
Hessen	9	6	22	15	10	16	15	7
Rheinland-Pfalz	15	8	12	8	16	17	18	6
Hamburg	5	3	25	13	7	17	10	20
Württemberg-Hohenzollern	3	1	14	19	2	15	43	8
Baden	5	5	12	12	6	19	27	14
Schleswig-Holstein	8	4	25	11	4	13	18	17
Bremen	4	2	44	8	2	11	13	16
Bundesgebiet	16	8	17	14	6	14	18	7

(Umgerechnet nach den Zusammenstellungen der Ergebnisse der Industrieberichterstattung des Statistischen Bundesamtes.)

Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern als besonders in Mitleidenschaft gezogen, Hessen und Rheinland-Pfalz als mittelstark betroffen und die übrigen Länder als wenig berührt angesprochen werden.

Das Institut für Raumforschung in Bonn hat für Ende der ersten Jahreshälfte 1950 diese Überbelastung in Zahlenwerten berechnet und kommt in einer Arbeit zu folgenden Ergebnissen ⁹⁾ (Grad der Überbelastung in %):

Schleswig-Holstein	42	Hamburg	7
Niedersachsen	22	Württemberg-Hohenzollern	6
Bayern	22	Baden	5
Hessen	18	Württemberg-Baden	3
Rheinland-Pfalz	18	Bremen	3
Bundesrepublik	14	Nordrhein-Westfalen	2

⁹⁾ „Grundgedanken zu einem Bevölkerungsausgleich in der Bundesrepublik Deutschland“ — Sonderdruck.

Die Folgerung, die das „Institut für Raumforschung“ zieht, ist die Forderung einer Gesamtwanderung von etwa 2,3 Millionen Menschen mit dem Ziel, die Belastung der Länder gleichmäßiger zu gestalten. Zu diesem Zweck wird eine Abgabe und Aufnahme im nachstehendem Umfang vorgeschlagen:

Abgabe (in 1000)		Aufnahme (in 1000)	
Schleswig-Holstein	841	Nordrhein-Westfalen	1 665
Bayern	764	Württemberg-Baden	299
Niedersachsen	426	Baden	112
Hessen	177	Hamburg	97
Rheinland-Pfalz	84	Württemberg-Hohenz.	62
		Bremen	57

Man mag im einzelnen zu diesen Zahlen — und sicherlich wird man es auch tun — vom Gesichtspunkt der Länder aus eine abweichende oder zustimmende Stellung einnehmen; an der Tatsache, daß auf Grund der verschiedenen Länderstruktur ein Ausgleich notwendig ist, wird niemand vorbeikommen. Nur ist bei der praktischen Durchführung zu bedenken, daß eine Gewaltlösung in Form einer behördlich angeordneten Binnenwanderung größeren Umfanges zu Störungen und Erscheinungen führen kann, die weder den Betroffenen noch der Wirtschaft dienlich sind. Im Gesamtkomplex ist der Ausgleich auch nur eine Seite. Die wichtigere Zielsetzung dürfte in einer Neugliederung der Länder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu suchen sein ¹⁰⁾. Die Neuordnung ist zunächst eine Angelegenheit der Landesplanung; sie muß aus den Grundlagen reifen.

¹⁰⁾ d. h. es sind Ländergebilde zu schaffen, die eine etwa übereinstimmende Steuerkraft aufweisen. Die gegenwärtigen Verhältnisse lassen allzugroße Differenzierungen erkennen. So lag das Steueraufkommen (Landes- und Bundessteuern) in der Zeit vom 1. 10. 1949 — 30. 9. 1950 auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, bei folgenden Werten (in DM):

Schleswig-Holstein	225	Baden	302
Niedersachsen	242	Nordrhein-Westfalen	340
Rheinland-Pfalz	244	Württemberg-Baden	353
Bayern	247	Hamburg	885
Württemberg-Hohenzollern	260	Bremen	1312
Hessen	267		

(Quelle: Stat. Monatshefte für Schleswig-Holstein, Heft 12/1950).

Summary: The Regional Structure of West German Economy and its Influence on the Distribution of the Population. Taking as a basis the economic structure of the population in the individual regions, the author examines the problem whether an inter-regional balance and a reorganization of the economic order in conformity with industrial plant location will be possible. The treatise which is making wide use of statistical material, proceeds from the political units because the data available with regard to economic regions are not sufficient. The individual provinces of the Federal Republic of West Germany are surveyed in respect of the structure of the population, and classified by economic groups and branches. The special character of west German agriculture makes it practically impossible to increase the number of people working on the farms to a considerable extent. A review of the factors and forces deciding the location of industrial plants reveals the continuous agglomeration exerted by places with high population figures. The author tries to estimate the economic capacity of the political units of western Germany on the basis of the development to be expected in industry, trade and traffic. Although in view of the different structure of the Laender a balance of the population is absolutely necessary, the problem cannot be solved by force, in the way of a migration ordered by the Government. This question calls for a reorganization of the Laender on economic principles, and it should be the task of the country planning organizations to take this matter in hand.

Résumé: La structure régionale de l'Ouest allemand par rapport à la répartition de la population. A l'auteur la structure économique des régions différentes sert de base à une analyse des possibilités pour une compensation inter-régionale et un ordre nouveau de l'économie qui devrait favoriser la localisation des industries selon leur données immédiates. L'auteur qui s'appuie surtout sur du matériel statistique, doit donc considérer d'abord les organismes politiques, car, le matériel approprié faisant défaut, il ne peut pas avoir égard à des provinces économiques. L'auteur établit une classification des régions individuelles de la République Fédérale selon la structure économique de la population. Par l'ordre rural de l'agriculture de l'ouest allemand l'augmentation de la capacité d'emploi est fort limitée. L'auteur examine les facteurs favorables relatives à la localisation des industries et en conclut que la croissance de la population encourage le procès d'agglomération des industries. Du développement que l'industrie, le commerce et les transports sont susceptibles de prendre l'auteur essaie de déduire le potentiel économique des organismes politiques individuels de la République Fédérale. Même si en égard des structures différentes des Länder une répartition compensatrice de la population est absolument nécessaire, la solution de ce problème ne se trouvera pas par une migration à l'intérieur, forcée par décret officiel. Cette solution suppose plutôt la réorganisation des Länder selon des points de vue économiques. L'établissement d'un nouvel ordre est donc l'affaire de la planification régionale.

Resumen: La división regional de la economía alemana occidental y su repercusión en la distribución de la población. A base de la división económica dentro del cuadro demográfico de las diferentes zonas, el autor estudia la posibilidad de llegar a un arreglo entre las zonas y de realizar en el futuro una reorganización de la estructura económica en el ambiente de una transformación de los centros industriales. La obra que estriba principalmente en datos estadísticos debe, por lo tanto, ser redactada necesariamente por políticos, porque no existe suficiente material referente a las provincias económicas. Se clasifican las diferentes zonas de la República Federal a base de la distribución de la población. La forma rústica de la agricultura alemana occidental limita la posibilidad de aumentar la capacidad de ocupación. Se estudian los factores y fuerzas que ocasionan la implantación de la industria en determinados lugares reconociendo el hecho de que el apilamiento de la población produce una perpetua aglomeración. El autor trata de deducir de la posibilidad de desarrollar la industria, el comercio y tráfico, el potencial económico de los diferentes organismos de la Alemania occidental. Aunque un arreglo respecto a la población es absolutamente necesario, visto las diferentes estructuras de los Laender, este problema no puede ser solucionado forzosamente por una transformación interior decretada por el gobierno. La solución de este problema exige de urgencia una reorganización de los Laender según puntos de vista económicos. Por eso la reorganización pertenece a la ordenación territorial.